

Bezugsgebühr:

Mitgliedsbeiträge für Bevölkerung bei jedem  
Vor- und Montag nur einmal  
zu 100,- bis zu 100,-, durch automatische Kontrollen  
zu 100,- bei 200,- bis 200,-.  
Bei einmaliger Auslösung durch die  
Post zu 100,- ohne Beitragsabzug im Ausland mit entsprechendem Beitragsabzug.  
Nachdruck aller Artikel u. Original-  
Redaktionen nur mit deutlicher  
Quellenangabe (Dresdner Nachrichten)  
gestattet. Nachdrückliche Verstärkung  
an andre ist streng untersagt;  
unverlangte Wiederholungen werden  
nicht aufbewahrt.

Telegramm-Nr.:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Attrappen  
Kaufladenbons | KOTILLON | Luxus-  
21 Am See Oscar Fischer Kartonagen

Am See 21

Kunst-Salon von Emil Richter  
Prager Straße  
Geschäftsstelle der  
Vereinigung  
der Kunstsfreunde.

Hochzeits- =  
= Geschenke  
Geschenkstücke  
Künstlerisch Preiswert.

Schlüssele  
Klappen  
Platten  
Ringe  
Schnüre  
Walzen  
Puffer  
Riemen aus

Gummi  
Guttapercha  
Asbest

fertigt in  
garantiert  
qualitäts  
Qualitäten  
E. Böhme  
Dresden  
Ferdinandstr. 13.

**Aug. Reinhardt**  
9 Seestrasse 9.  
Bewährte Präzisions- und kurante Uhren  
jeder Art.  
Lager feinster Uhrketten und Ringe.

**Geradehalter**

für Herren, Damen und Kinder. leicht, bequem und  
besser wirksam, bei Herren und Knaben die Hosenträger ersetzend, zum Preise von 3-6 Mk. stets vorrätig beim Verfertiger Bandagist und Orthopäd

**M. H. Wendschuch sen.**, nur Marienstr. 22b  
im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11-12 Uhr.

**Wk. 53. Epilog:** Krisis in Ungarn. Hofnachrichten. Gerichtsverhandlungen. Landtags- Minimaßl. Witterung: Wild, veränderlich. **Sonnabend, 24. Februar 1906.**

## Die ungarische Krisis

ist an einer gefährlichen Klippe glücklich vorbeigeflüchtet: die gesuchte Auflösung des Reichstags in Budapest hat einen haushohen Verlauf genommen, als man nach dem vorangegangenen wilden Kriegsgeschrei der oppositionellen Koalition erwartete konnte. Aus der Tragödie hat sich eine politische Tragödie entwölft, die — man mag sonst darüber denken, wie man will — der Institution des Parlamentarismus vor den Augen der ganzen Welt einen schweren Schlag versetzt hat. Vorerst sind die magyarischen Parlamentarier selbst die Schuldigen daran, daß am vergangenen Montag vor und im Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Ungarns blinkende Polonette standen, um den „sehr geehrten Herren und lieben Freunden“ deutlich vor Augen zu führen, daß neben ihnen auch noch Krone und Regierung als gleichberechtigte Parteien in Ungarn vorhanden seien. Das Abgeordnetenhaus in Budapest (das Magnatenhaus) kommt seiner besseren Wünschen wegen hierbei nicht in Frage) zeigte sich denn auch dem ganzen Winde ähnlich gefügt, was ihm wesentlich durch das Gehör seines ebenso freitollen wie instolzen Präsidenten von Justiz erleichtert wurde, der noch jüngst die Minister in öffentlicher Rede mit dem lieblich duftenden Titel „Wohlwoll“ beeindruckt hatte. Infolgedessen vollzog sich die Aufführung am Montag kurz und schmerlos; man wogte sich zwar mit pathetischen Phrasen, das Ausbildungsbetret des Königs anzuwerben, und bewarnte eine neue Ewigkeit auf Wirklichkeit an, aber als es Ernst wurde und ein Oberst von der Präsidententribüne herab den Befehl verlas, aneinanderzugehen, gab man möglichst rasch und räumte den Sitzungssaal. Wohl gab es einiges Lärm, es wurde furchtbar geschuft und geschimpft, aber Polonette sind eine lästige Sache und allmählich wurden sämtliche Abgeordneten von den Soldaten hinausgetrieben: Blut ist nicht geslossen... nimmt man alles in allem, so war der vergangene Montag einer der klügsten und traurigsten Tage in der Geschichte Ungarns, aber Müll wird man mit dem Schicksal der Volksvertretung in Budapest wirklich nicht haben, denn eine so große politische Unfähigkeit und Haßstätigkeit, wie sie dort sichtbar werden ist, muß bei verständigen Menschen notwendigerweise jede Sympathie erlösen. Ein Parlamentarismus, der sich selbst und mit sich das eigene Land durch andauernde und unrichtbare Opposition schwächt, um den gründungsintensiven Zielen des Magyarentums sogar auf die Gefahr eines Bruches mit Österreich hin nachzugeben, ruft die schonungslose Kritik heraus und führt unwillkürlich zu einer schwärzlichen Behandlung, wie sie ihm — leider mit Recht — zu teil geworden ist. Ein volles Jahr dauert nun schon der Konflikt des ungarischen Reichstages mit der Krone, und wenn man vorurteilslos die Ereignisse dieses Jahres überblickt, so ergibt sich, daß die ungarische Opposition den nationalen Condovorechten, die sie erfordert, zwar um manches nähergekommen ist, doch aber von den Schlüssen, die sie gegen Krone und Regierung geführt hat, hauptsächlich das Land die Kunden besonders in wirtschaftlicher Hinsicht davongetragen hat.

Doch sich deshalb der breiten Massen des Volkes in Ungarn je länger, je mehr eine tiefegehende Mißstimmung bemächtigt, läßt sich leicht daraus erkennen, daß die Bevölkerung die Auflösung des Parlaments mit vollkommener Ruhe hingenommen hat. Die Koalition, die sich immer großzügig auf ihren Rückhalt im ungarischen Volke berief, wird jetzt insgesamt wohl recht traurig darüber geschriftet sein, daß die Einsetzung eines königlichen Kommissärs, statt auf offenen Widerstand zu stoßen, fast überall als ein von der Opposition selbstverschuldetes Schicksal beurteilt und beklagt wird. Schwer wird es den Oppositionellen auch ums Herz geworden sein, als sie sehen mühten, wie am Montag gerade die Honvede gegen sie aufgeboten wurden und so musterhaft ihre Pflicht und Schuldigkeit taten; die Honvede, jene Truppe, jene ungarische Landwehr also, die man in den Kreisen der magyarischen Ultras als den Kern eines eventuellen National- oder besser gesagt Parlamentarischen Kämpfes gegen den „frechen Willkür“ zu betrachten sich gewöhnt hatte. Nichts von alledem... Da ist es denn erklärlich, wenn statt der erhofften stolzen Siegesfreude sich ein großer moralischer Rosenjammer einstellt, obwohl es, um den Schein zu wahren, Proteste und Anklagen gegen Regierung und Krone wegen „Verfassungsbruch“ und „Absolutismus“ nur so regnet. Aber das ist nicht trocken zu nehmen, weil die erste Auflösung bald verbraucht sein wird! Mit der am Montag erfolgten Parlaments-Auflösung ist die Krone Siegerin geblieben, damit hat sie in der ungarischen Krisis den ersten, wirklich festen Schritt getan. Der Erfolg ist eine wesentliche Stützung ihres Ansehens im Volke, das sich in letzter Zeit schon allgemein gewöhnt hatte, in der Krone und Regierungsgewalt eine quantitativ negligible zu sehen. Jetzt hat sich das ganze Land jenseits der Leitha davon überzeugen können, daß es eine Grenze gibt, über die hinaus der König und Kaiser Franz Joseph nicht mit sich wanken läßt.

bleibt die Regierung mit Feierwirth an der Spitze weiter fest, so wird die Herstellung halbwegs normaler Zustände in Ungarn nicht allzu lange auf sich warten lassen. Kaufleute, Industrie-

arbeiter und Kaufleute, alles streift nach der Wiederkehr eines geordneten staatlichen Lebens, denn die wirtschaftlichen Schäden sind allgemein in drückender Weise spürbar geworden, und am Geldbeutel hört bekanntlich die Gemüthsart auf. Operiert die Regierung in schneller Ausübung der gegenwärtigen Lage und Volksstimmung auch nur einigermaßen geschickt, so wird ihr die Sprengung der oppositionellen Koalition und der Sieg bei den bevorstehenden Neuwahlen sicher sein. Volksgeist ist ein wandelbar Ding, und im letzten Grunde wird sie immer dem gehören, der Macht und Recht auf seiner Seite hat, wie es diesmal zweifellos bei Krone und Regierung der Fall ist. Deshalb ist es wohl möglich, daß die ungarische Koalition nach den leichten Vorgängen ihre bisherige Rolle ausgespielt hat: sie hat zu viel versprochen, zu wenig gehalten, und der Widerstand, besonders wenn er noch dem Fluch der Lächerlichkeit anheimfällt, ist eine schlechte Mitgabe für die bevorstehenden Neuwahlen. Schließlich werden selbst die größten Heißsporne einsehen müssen, daß eine Mehrheits-Partei, die sich weigert, die ihr angebotene Säule der Regierung in die Hand zu nehmen, dabei aber gleichzeitig auch keine andere Regierung zulassen will, einfach und kurz gesagt, ein Unsinn ist, und das die Wohlfahrt des Ungarlandes doch auch noch von anderen Faktoren abhängt als von der Befreiung oder Nichtbefreiung der ungarischen Kommandosprache.

Greift die Regierung jetzt zu, so ist zu hoffen, daß der so lange verfahrenen ungarischen Staatskaren endlich wieder in Betrieb kommt. In spätestens fünfzig Tagen müssen die Neuwahlen ausgeschrieben sein; alles wird dabei darauf ankommen, ob die Regierung es versteht, bei den Vorbereitungen ihren Einfluß auf die Wählerchaft nachhaltig zur Geltung zu bringen. Der Apparat, mit dem in Ungarn bisher Wahlkampf gemacht wurde, ist zwar nicht sehr schön, aber am Ende wird sich die Regierung diesmal nicht genieren, es ebenso zu machen, wie früher die Parteien, nämlich auf die Wähler mit janitem Druck einen gewissen „Einschluß“ ausüben, um endlich ein Parlament zu erlangen, das wenigstens Verhandlungen führt und nicht von einer unzurechnungsfähigen Obstruktion abgelehnt werden kann.... Noch ein anderer Weg steht der Regierung frei, nämlich das allgemeine Wahlrecht einzuführen und auf Grund dessen die Wahlen sich vollziehen zu lassen. Schon längst hat sie bekanntlich diesen Ausweg ins Auge gefaßt, und da es auch Österreich darangeht, sein Wahlrecht in dieser Richtung umzuändern, so ist es keineswegs unwahrscheinlich, daß dieser Fall eintritt. Aber ob so oder so, die ungarische Regierung scheint des Sieges gewiß zu sein, wenn sie fest bleibt und die düstere Jammer-Stimmung im Volk über das flüchtige Ende der oppositionellen Fronte sich nutzbar zu machen versteht.

## Neueste Drahtmeldungen vom 23. Februar.

### Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Handelsprotokoll mit Amerika steht zur dritten Lesung. — Abg. Henzl von Herrnsheim (natl.) tritt dafür ein, daß Petroleum von der Meistbegünstigung während des Provisoriums ausgenommen werde. — Abg. Semmler (natl.): Gerade die Ausnahme von Petroleum würde die Amerikaner an ihrer empfindlichsten Stelle treffen. Die Tendenz des Antrags Henzl würde also der Sollkrieg sein. — Abg. Gothein (frei). Vega verweist darauf, daß gerade Petroleum durch unsere Verträge gar nicht gebunden ist, sondern lediglich dem autonomen Generalrat unterliege. Mit der Differenzierung von Roh- und raffiniertem Petroleum würden wir überdies nur erreichen, daß unsere Raffinerien erst recht von dem amerikanischen Öl-Trust abhängig würden; unsere Raffinerien würden dann erst recht nichts anderes bearbeiten können, als amerikanische Rohstoffe. Und die Hauptleidenden würden unsere Raffinerien sein. Nedner führt weiter aus, daß die einzelnstaatlichen Verträge von 1828 noch fortbestünden. Gleichwohl sei es gut, das Handelsprotokoll anzunehmen, denn immerhin sei eine ehrwollende Auslegung jener Verträge seitens Amerikas möglich. — Staatssekretär Brokowksi bestätigt, daß sowohl die amerikanische Regierung, ebenso wie auch er bisher angenommen haben, daß die Verträge von 1828 noch fortwährend gültig sind und zwar im Range der Zusätze auch für das Reich. Aber die Auslegung einzelner Bestimmungen der Verträge seitens Amerikas sei wiederholte Handlungen unterlegen. Die Staaten, mit denen wir im Meistbegünstigungsverhältnis stehen, treten selbstverständlich in den Genuss unserer Konventionstexte. So auch Dänemark. Mit Schweden laufe die Meistbegünstigung, sobald wir sie fundieren, noch ein Jahr weiter. — Abg. Graf Kanitz (kons.) erinnert daran, daß Amerika 1897 in der Zisterne des Vertrags von Saratoga gedroht habe. Wie könnten da behaupten, daß die Verträge von 1828 noch Gültigkeit hätten? Von Amerika würden wir für die rechte Gewahrung unseres Konventionaltrats gar keinen Dank haben. Er legte die Vorlage ab. — Staatssekretär Brokowksi erwidert, Amerika habe 1897 erklärt, daß neue Konventionen, die es irgend einem Staate gewohne, den Meistbegünstigungsstaaten nicht ohne weiteres aufzuladen, sondern von ihnen erst durch Gegenseitigkeiten erlaubt werden müßten. Gerade daraufhin hatten wir ja 1903 ein neues Abkommen mit Amerika getroffen. Daraus folge aber nicht, daß die Verträge von 1828 in allen ihren Teilen bindlich geworden seien, es handle sich vielmehr 1903 nur um eine einzelne deliktierte Bestimmung. Petroleum ist in unseren Verträgen nicht gebunden. Die Frage, ob über Petroleum Verhandlungen mit anderen Staaten zu treffen seien, liege jetzt beim Schausaum. — Abg. Seel v. Herrnsheim (natl.)

erwidert dem Abg. Gothein, er wisse sehr wohl, daß Petroleum nicht gebunden sei, während er in seinem geirten Antrage nur die gebundenen Fälle erwähnt habe. Er habe nur in der Debatte das Petroleum mit seinem Antrag verbunden, weil er jüngst, daß eben auch bei den ungebundenen Fällen eine Differenzierung Amerikas stattfände. — Abg. Gothein: Der Vorredner scheint seinen Antrag auch jetzt noch nicht verstanden zu haben (Heiterkeit). Denn dieser sage ausdrücklich, daß die Regierung ermächtigt sein solle, von den anderen Staaten durch Bindung gewährter Vollmächtigungen nur einen Teil auch Amerika zugutezuhaben. Von anderen in den Verträgen nicht erwähnten Waren und Vollmachten spreche der Antrag nicht. Nedner fragt in dem Verhalten Amerikas 1897 in der Siedlerfrage einen Bruch des Saratoga-Vertrages nicht finden. Es habe sich da um einen berechtigten Akt der Autonomie gehandelt. Außerdem hätten wir den Vertrag auch gebrochen; denn wir hätten die Einfuhr von Wülfen pro verboten, also auch von amerikanischen Wülfen. — Abg. Graf Kanitz betont, daß es überhaupt zu einem Kriegszeit mit Amerika kommen werde, gleichviel wo wir das Provisorium annehmen oder ablehnen. Das Handelsprotokoll wird mit großer Mehrheit definitiv angenommen. Dagegen nur etwa die Hälfte der Rechten und einige wenige Nationalliberalen. — Das Haus legt dann die Beretzung des Etats der Reichsjustizverwaltung fort. Es liegen dazu folgende Resolutionen vor: 1. Abg. Henzl (frei). Vogel auf Ausdehnung der Zuständigkeit der Schwurgerichte in Preußischen auf das ganze Reich; 2. Graf Hompesch u. Gen. (zentr.) betont, Vorlegung eines Gelegenheitswurfs, der das Wechselprotestverfahren wesentlich vereinfacht und verbessert; 3. Graf Hompesch u. Gen. (zentr.) betont, Vorlegung eines Gelegenheitswurfs, wonach Geschworene und Schöffen aus Landesmitteln Vergütung für Zeitermittnung gewährt werden soll; 4. Hansmann u. Gen. (kons.) auf Bewahrung von Tagessoldern an Geschworene und Schöffen zwecks ermöglich der Herbeileitung minderbemittelte Staatsbürger zum Geschworenen- und Schöffen Dienste. — Abg. Kuntz (soz.) verbreitet sich über Mängel des Strafprozeßverfahrens unter Bezugnahme auf den Preußischen Strafprozeßverfahren unter Beleidigung der Zeugen an der Cotta-Exposition. In dem Prozeß seien die Entlastungsklausen geradezu schamlos behandelt worden. Die Richter hätten Ehrabschneiderei begangen. (Vizepräsident Graf Stolberg erklärt die Neuerung für unzulässig.) Weiterhin nennt Nedner die ganze Rechtspleite eine „schlechte Komödie“ und wird dafür zur Ordnung gerufen. — Abg. Bruhn (antl.) sagt ebenfalls über barbare Behandlung von Zeugen und plädiert dafür, daß die Presse unter die Schwurgerichte gestellt, der Zeugenschwur für die Presse befeiligt, die Verurteilung in Strafsachen eingeführt und die Geburtenordnung für die Rechtsanwälte revidiert werden. Die Rechtsanwälte hatten ein horrendes Einkommen, daher auch in Berlin die Überbeschwerung mit jüdischen Rechtsanwälten. Bei den Staatsanwälten besteht ein wahrer Wettstreit in bezug auf Bezahlung möglichst hoher Strafen. Gegen den Abg. Kroll bei seitens des Gerichts gebläßt und sogar plakativ vorgegangen worden. — Staatssekretär Riedel bringt weit legitere Behauptung zurück. Um übrigen steht auch er auf dem Standpunkt, daß ein Richter sich unter allen Umständen augemeinen gegen Zeugen zu benennen habe. Das ein Richter einmal ungebildigt werden könnte, läßt sich allerdings begreifen. Es sei nicht Absicht der Bewilligung, durch die Gesetzesarbeit das Handwerk und die freien Arbeiter zu beeinträchtigen. Ein Entwurf zur anderweitigen Regelung des Wechselproteiles sei in Ausarbeitung und werde eventuell schon in der nächsten Sitzungsperiode dem Hause zugehen. (Präsident Graf Solzheim: Die vom Staatssekretär zurückgewiesene Auskunft, daß ein Richter gegen einen Angeklagten wider besseres Wissen und in gehässiger Weise vorgegangen sei, habe ich überhört, sonst würde ich sie als einen Vertrug gegen die Ordnung des Hauses bezeichnet haben.) — Abg. Abrahm (frei). Vogel wehrt sich gegen die von der Strafprozeßkommission empfohlene Befreiung der Schwurgerichte und fragt, wie die Sache im Bundesrat stehe. Man möge die Schwurgerichte reformieren, leineswegs aber ausschließen. Im Kampf gegen wirkliche Schwurgerichtsfälle stünden ja wohl alle Parteien zusammen. Das Beste wäre, Sachverständigen-Kommissionen einzulegen, die dem Richter bei Beurteilung unter Anklage geschickter literarischer und künstlerischer Produktionen zur Seite stünden. — Staatssekretär Riedel teilt mit, daß in einer vertaulichen Konferenz der verbindeten Regierungen am Schluß des Vorjahres die preußische und die bairische Justizverwaltung vorgesogen hätten, es in Sachen der Schwurgerichte beim alten zu lassen. Ob Einzelheiten an den Schwurgerichten zu ändern seien, sei eine rein technische Frage. Was die Resolution Abrahms betrifft, der Schwurgerichte für Pressezaken, anläßlich so würde deren Annahme ein Stein auf dem Wege zu einer Reform des Strafprozeßes sein. Die norddeutschen Regierungen würden damit nicht einverstanden sein. Abg. Gröber (zentr.) weiß darauf hin, daß die Strafprozeß-Kommission bei ihren gegen die Schwurgerichte getroffenen Beschlüssen sich von Rückständen auf eine vollzogene Ausgestaltung der Verurteilung habe leiten lassen. Die Freiunigen seien hinsichtlich der Schwurgerichtsfrage selbst nicht einig, denn Penzmann sei Gegner der Schwurgerichte. Unerschöpflich sei eine Reform des Wechselprozeßverfahrens. — Schluß der Sitzung nach 6 Uhr. Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichsjustizkommission zur Beratung des Strafzustellungsgelegetes, der von der Regierung das gewünschte Material über die Schwindelfallen zugegangen ist, sprach sich im allgemeinen für die Regierungsvorlage und Unterstellung unter das Aufsichtsamt für Privatverhüterungen aus.

### Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus nahm das Kreis- und Abgabenrecht in dritter Lesung endgültig in einer Sitzung an, die die Regierung abgelehnt, und legte dann die Beratung des Etats des Finanzministeriums fort. Die Mehrheit des Umbaus des Königlichen Schauspielhauses in Berlin, 763 000 Mark, wurde zwar genehmigt, aber unter lebhaften Vorwürfen von Nedner aller Parteien gegen die Bauverwaltung wegen der vorgenommenen Überhöhung. Abg. Gröber (frei). Vogel erklärte, er verspreche sich für das Volk vom Schauspielhaus überhaupt wenig. Das Schiller-Theater

## Anzeigen-Carill.

Zahlung von Anführungen  
bis nachmittags 2 Uhr. Sonn- und  
Feiertags nur Vorlesung von 11  
bis 1½ Uhr. Die halbtägige Aus-  
stellung ist von 9 bis 12 Uhr. An-  
führungen auf der Tribüne Seite  
zu 100,- bis 120,- auf der  
Zuschauersseite zu 80,- bis 100,-  
auf der Tribüne Seite zu 60,- bis  
80,- auf der Zuschauersseite zu 40,-  
bis 60,-. Eintrittsprecher: Nr. 11 und 2006.

Postgeschäftsstelle: Karlsplatz, 22.